

## Veranstaltung mit Bildungsexperten

# Wenn Eltern Schulpolitik machen

Von Mathias Orgeldinger

**Jeder Autofahrer lernt es spätestens im Erste-Hilfe-Seminar: Es ist nicht immer sinnvoll, auf die zu hören, die am lautesten schreien. Der Bildungsforscher und emeritierte Professor Klaus Klemm warnt vor einseitigem Einfluss der Eltern auf die Schulpolitik.**

Generell könne man beobachten, dass sich die Eltern von Nürnberger Haupt- und Förderschülern deutlich weniger „einmischen“, sagt Anja Pröhl-Kammerer, schulpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion. Aufgabe der Politik sei es, sich für jene einzusetzen, die „nicht so lautstark artikulieren“. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Neu-N hatte die SPD-Stadtratsfraktion den Bildungsexperten und Politikberater Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen eingeladen. Er ging das Thema „Eltern und Schulpolitik“ zunächst historisch an.

Im 19. Jahrhundert hätten die Eltern keinerlei Interesse an der Schule gezeigt, da die Kinder getrennt nach Ständen unterrichtet wurden. „Der Sozialstatus hing davon ab, in welchem Haus man geboren war und nicht, in welche Schule man ging“, erklärt Klemm.

Dies änderte sich erst mit Artikel 146 der Weimarer Verfassung: Für die „Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“ Seit damals, so Klemm, ermögliche die Schule den sozialen Aufstieg. Folglich seien die Eltern an Schulpolitik interessiert, vor allem, wenn es um die Laufbahn des eigenen Kindes gehe. Das Eltern-Engagement sei allerdings schichtspezifisch höchst unterschiedlich.

### Arbeiterkinder und andere Kinder ...

Klaus Klemm führt eine Studie von 1970 zum Übertritt an Gymnasien an, um seine These zu illustrieren: Obwohl 15 Prozent der Arbeiterkinder den Eignungstest fürs Gymnasium bestanden hatten, wurden nur acht Prozent von den Lehrern empfohlen und nur fünf Prozent von den Eltern angemeldet. An diesen Zahlen habe sich wenig geändert, betont der Politikberater.

Die Grundschule spreche auch heute noch schichtspezifische Empfehlungen aus: Kinder aus sozial starken Familien wurden im Jahr 2007 bei gleicher Eignung 2,6 Mal besser beurteilt als Kinder aus bildungsfernen Schichten.

Die Lehrer kalkulieren bei ihrer Empfehlung mit ein, wie stark die Unterstützung durch das Elternhaus sei, vermutet Klemm. Die soziale Herkunft könne zwar durch kein Schulsystem restlos ausgeglichen werden. Dennoch müsse man durch verbesserte frühkindliche Förderung, mehr Schulsozialpädagogen und eine längere gemeinsame Grundschulzeit gegensteuern.

Letzteres treffe inzwischen jedoch auf erbitterten Widerstand der wohlhabenden Eltern, sagt der Bildungsexperte. Im Juli 2010 wurde die Reform für eine sechsjährige Grundschulzeit durch einen Volksentscheid gekippt, obwohl sich die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig dafür ausgesprochen hatte. Die Volksbefragung ging auf die Elterninitiative „Wir wollen lernen“ zurück.

Bei einer Wahlbeteiligung von 39 Prozent hatten sich 54,5 Prozent der Hamburger Bürger gegen die sechsjährige Primarschule entschieden. Wobei die Wahlbeteiligung in den sozial schwachen Stadtteilen z.T. deutlich geringer war und Migranten ohne deutschen Pass gar nicht wählen durften. „In Hamburg hat etwa ein Fünftel der Wählerschaft den einstimmigen Parlamentsbeschluss gekippt“, schimpft Klemm. Aus Angst vor der Elternmacht verzichte inzwischen die saarländische Jamaika-Koalition auf die Einführung einer verlängerten Grundschulzeit.